Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 178. **Dienstag** den 27. Juni 1882. **76. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen Neupflasterung wird die **Mäckern'sche Straße** in dem Tracte von der „Weinraude" bis zur Gartenstraße von **Mittwoch, den 28. Juni dss. Js.** ab bis auf Weiteres dem Fahrverkehr entzogen.

Gohlis, am 24. Juni 1882.

Der Gemeindevorstand.
Paulus.

Spritzen-Verkauf.

Eine nach altem System gebaute fahrbare Feuerspritze, sogenannte Stoßspritze, soll mit allem Zubehör Donnerstag, den 29. Juni d. J., Nachmittags um 3 Uhr, öffentlich meistbietend verkauft werden. Kauflustige werden hierzu eingeladen.

Marktranstädt, den 19. Juni 1882.

Der Stadtgemeinderath.
Härtel.

Nichtamtlicher Theil.

Römische Anmaßung.

Mit der vaticanischen Klerisei, überhaupt mit der römischen Pfaffenpartei ist nicht gut Kirschen essen. Das muß nun auch der Reichskanzler erfahren, der sich mit den Centrumsjesuiten gegen die Liberalen und Freihändler verbündete.

Kaum hat Fürst Bismarck in öffentlicher Reichstagssitzung in Abrede gestellt, daß er Seiner Majestät unserm Kaiser ein „klerikales Canossa" angerathen habe, so wird der Reichskanzler durch ein vom Vatican gegängeltes und aus dem Peterspfennige gespeistes Jesuitenblatt, die wohlbekannte, den Protestantismus mit Schimpf und Schande bedeckende „Unita cattolica" dahin belehrt (wir sagen „belehrt", denn diese anmaßenden Römlinge belehren Alles: selbst Kaiser und Könige), daß Er, ja daß Kaiser Wilhelm selbst nach Canossa gegangen sei.

Die deutsche Pfaffenpresse findet diese Aeußerung des italienischen Blattes natürlich unter den obwaltenden Umständen äußerst „taktlos". Da sie aber den wirklichen Inhalt derselben nicht bekämpft, sondern dieselbe nur für unzweckmäßig, d. h. zur Stunde nicht ganz angebracht erklärt, so bestätigt sie vielmehr die Behauptung der „Unita", anstatt sie zu widerlegen. Fürst Bismarck selbst scheint, was den Gang nach Canossa betrifft, kein ganz reines Gewissen zu haben: denn indem er in derselben Reichstagssitzung, wo er sich gegen ein „klerikales Canossa" verwahrte, Harzburg als den Namen eines Canossa bezeichnete, welches Heinrich IV. vielleicht zum Bündnißschließen mit anderen Reichsfeinden als dem damaligen Papst hätte wählen können, verrieth er nur allzu deutlich, daß ihm die Canossasäule bei Harzburg, welche sein stolzes Wort „Nach Canossa gehen wir nicht!" zu ewigem Andenken aufbewahrt, recht unangenehme Schmerzen bereitet. Die Zeiten ändern sich: auch der Reichskanzler!

Im Uebrigen thut die Presse der Centrumspartei Alles, was in ihren Kräften steht, um Das, was augenblicklich etwa noch an einem vollen Canossagang Preußens fehlt, zu baldiger Ausführung zu bringen. Das Inkrafttreten des neuesten kirchenpolitischen Gesetzes wird von ihr nur als eine „Einleitung zur Wiederherstellung des kirchlichen Friedens" bezeichnet, zu welcher die „Hauptsache" erst hinzukommen müsse. Speciell wird von allen Caplansblättern nicht nur die baldige Aufhebung des Sperrgesetzes in denjenigen Sprengeln, in welchen dasselbe bisher noch in Kraft ist, gefordert, sondern auch die Rückkehr sämmtlicher abgesetzten Bischöfe. In der Diöcese Köln wird schon für Herstellung eines Bittgesuchs an den Kaiser aus allen Gemeinden zu Gunsten des Herrn Melchers gewühlt. Von Erfüllung der zur Begnadigung unumgänglich erforderlichen Bedingungen ist aber nirgends die Rede.

Selbst für den Fall, daß das neue Gesetz nach seinem ganzen Umfang den Wünschen der Centrums-Jesuiten entsprechend ausgeführt werden sollte, wird rückhaltslos erklärt, die Erwartung der „Prov.-Corr.", daß das Gesetz zur Befriedigung und Beruhigung der katholischen Bevölkerung dienen werde, weil es die Wirksamkeit der kirchlichen Organe erleichtere, werde nicht in Erfüllung gehen. Was das Juligesetz von 1880 nicht bewirkt, werde das neue Gesetz noch weniger bewirken; die katholische Bevölkerung sei bis jetzt überhaupt nicht im Stande, in dem Vorgehen der Regierung ein besonderes Maß des Wohlwollens zu erkennen. So spricht die „Deutsche Reichszeitg." vom 11. Juni!

Unter diesen Umständen kann man der Ausführung des neuen Maigesetzes nur mit banger Sorge entgegensehen. Der seit dessen Vollzug merklich gesteigerte Uebermuth der Römlinge läßt das Schlimmste erwarten. Unter dem Deckmantel des Wortes, dem Volke müsse die Religion erhalten bleiben, ist heute auch in Preußen Alles möglich. Man wird sich schwer an diesen Gedanken gewöhnen; aber man muß es thun, um nicht von dem Gange der Ereignisse überrascht zu werden.

Leipzig, 27. Juni 1882.

Mit der Vertagung des **Reichstages**, mit dem Beginn der todten Jahreszeit sind auch die Fragen unseres inneren politischen Lebens vertagt und es sind nur Parteifragen oder Wahlvorbereitungen, welche die Zeitungen besprechen. Demnach schweifen die Blicke der Tagespresse bereits in das Zukunftsreich, in den bevorstehenden parlamentarischen **Herbst- und Winter-Feldzug**. Heißt es doch bereits, der kürzlich in **Berlin** abgehaltene Ministerrath habe sich über die Maßnahmen schlüssig gemacht, welche für die mit einander wetteifernden Herbstsitzungen von Reichstag und preußischem Landtag zu treffen sein würden. Was darüber in die Oeffentlichkeit dringt, läßt erkennen, daß wir einem ungewöhnlich langen parlamentarischen Feldzuge entgegengehen, der zu Ende des October beginnen und vielleicht erst im Mai sein Ende nehmen, während dieser ganzen Zeit aber durch ein stetes Abwechseln der Sitzungen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses seine doppelte Signatur empfangen wird. Zunächst soll im October der Landtag berufen und nach erfolgtem Zusammentritt sofort vertagt werden, um dem Reichstage vom Anfang November bis zur Mitte des December Raum für die Abwickelung seiner Arbeiten zu geben. Von da ab bis vielleicht zum Februar würden wieder Abgeordnetenhaus und Herrenhaus arbeiten, um erneut dem Reichstage Platz zu machen, wahrscheinlich derart, daß dann zum zweiten Male das Aushilfsmittel der gesetzlichen Vertagung ergriffen wird, um den Zusammenhang der Sitzung zu wahren und die Erledigung der socialpolitischen Entwürfe vor Zerstückelungen zu behüten. Aenderungen an diesen vorläufigen Bestimmungen werden im Einzelnen wohl kaum ausbleiben, aber das allgemeine Schema für die Sitzungen besteht in der angegebenen Weise; und es spricht dafür, daß Fürst Bismarck an die Unfalls- und Krankenversicherungsvorlagen seine ganze Thatkraft setzen und zuvörderst diese Fragen zum Abschluß bringen will, ehe er der Steuerreform wiederum praktisch näher tritt. Daneben scheint die somit sich verbreitende parlamentarische „Wohlbeleibtheit", wenn man gewissen Andeutungen folgen darf, als eine bequeme Handhabe benutzt werden zu sollen, um das Thema von der Vereinfachung der parlamentarischen Maschine durch zweijährige Etatsperioden zu wiederholten Male in Anregung zu bringen. Anders dürfte auch die Ankündigung gar nicht zu erklären sein, daß der Reichstag im nächsten Frühjahr nicht blos das Budget für 1883/84, sondern gleichzeitig dasjenige für 1884/85 im Voraus zu erledigen haben würde. Als dieser Gedanke zuerst aufgeworfen wurde, fand er nur vereinzelte Beachtung; man sagte sich, daß er verfassungswidrig sei, weil die Verfassung in ihrem Art. 69 ausdrücklich bestimmt, daß der Etat „vor Beginn des Etatsjahres" durch Gesetz festgestellt werden muß. Jetzt wird man wohlthun, sich den seltsamen Vorschlag etwas genauer anzusehen, nachdem es als sicher zu gelten hat, daß er nicht dem bureaukratischen Bequemlichkeitswunsche irgend eines unmaßgeblichen Geheimraths, sondern der bewußten Absicht des Fürsten Bismarck selber seinen Ursprung verdankt.

Mit Genugthuung haben liberale Politiker aus den jüngsten Reichstagsreden des **Fürsten Bismarck** wahrgenommen, daß Derselbe persönlich ein entschiedener Gegner der Theorie ist, nach welcher die Auswanderung als Anzeichen und zugleich als Ergebniß der **Uebervölkerung** zu gelten hat. Klar und einfach wies der Kanzler das Schiefe und Oberflächliche in dieser Auffassung nach, die in einer veralteten socialpolitischen Schule noch immer gehegt wird, unendliche Verwirrung in sonst ganz verständigen Köpfen angestiftet hat und an jedem Tage und in jedem Beobachtungsorte durch die Thatsachen ihre Widerlegung findet. Denn die Auswanderung erfolgt nicht aus den dicht bevölkerten und vielleicht „übervölkerten" Industriegebieten des Westens, sondern aus den menschenarmen Ackerbaubezirken des Ostens, wo noch Hunderttausende, ja Millionen Platz hätten, ehe die Bevölkerungsdichtigkeit die von Westfalen, von den Rheinlanden ꝛc. erreichte. Auch über die wirthschaftlichen und die vielleicht noch wichtigeren psychologischen Gründe dieser Erscheinung ist sich Fürst Bismarck vollkommen klar. Die Hoffnung, die so belebende Aussicht auf irgend etwas Großes und Neues, auf ein Emporsteigen aus der Niedrigkeit durch Tüchtigkeit und Glück, sie hält den Industrie-Arbeiter im Lande fest, und sie täuscht ihn nicht, da wirklich die Fälle nicht selten sind, wo der einfache Arbeiter „den Marschallstab im Tornister getragen" und aus Dürftigkeit zum selbstständigen gebietenden Industriellen aufgestiegen ist. Für den ländlichen Arbeiter dagegen gibt es in den engen Kreisen seiner Thätigkeit gar keinen Schicksalsumschwung; er bleibt, was er ist, er kann beim Beginn schon seine ganze Laufbahn übersehen, und es treibt ihn deshalb unwiderstehlich hinaus, weil er diesem ewigen Einerlei der Niedrigkeit und Hoffnungslosigkeit entrinnen will. Wenn aber Fürst Bismarck die Abhülfe darin sucht, daß er auch in die östlichen preußischen Provinzen die Industrie verpflanzen und damit dem Tagelöhner das jetzt über dem Weltmeer liegende Ziel der Sehnsucht unmittelbar vor Augen rücken will, so liegt dabei doch wohl der Irrthum zu Grunde, als ob sich eine lebenskräftige Industrie künstlich dort hervorrufen ließe, wo die Hauptbedingungen fehlen, und es läßt sich viel eher fragen, ob nicht die Auswanderer durch eine planmäßige Landesverbesserung im großen Stile, durch Zerschlagung der Staatsgüter zu freien Bauerngütern, durch Verhinderung der wachsenden Abrundung des Großgrundbesitzes ꝛc. im Lande zurückbehalten werden könnten. Was würden überdies die Agrarier dazu sagen, wenn in dem stillen Frieden ihrer pommerschen und westpreußischen Dörfer sich plötzlich die Fabrikschlote erheben, die Arbeiter anlocken und damit die ländlichen Löhne auf ein Maß steigern würden, welches durch den Kornzoll gar nicht wieder wett gemacht werden kann? Auf alle Fälle haben die sonderbaren Weltverbesserer, welche in Ehehindernissen und Beschränkungen der Freizügigkeit das Heil gegen das Gespenst der Uebervölkerung suchen, nicht das geringste Recht, sich auf den Reichskanzler als Gesinnungsgenossen zu berufen.

Die **Wiener Socialdemokraten** rüsten sich wieder zu einer großen Volksversammlung, die am 2. Juli in Zobel's Sälen in der Vorstadt Fünfhaus stattfinden soll. Schon gegenwärtig werden unter die Arbeiter Zettel folgenden Inhalts vertheilt: „Der vierte Stand und das allgemeine Wahlrecht. Die Verhandlungen werden deutsch und slawisch geführt. Männer des vierten Standes! Seid Euch Eurer Rechte bewußt und fordert sie. Die Einberufer." — Im Hinblick auf den Umstand, daß in der Regel alle großen socialdemokratischen Volksversammlungen in Wien mit argen Scandalen verbunden, bleibt immerhin abzuwarten, ob die Behörde die Versammlung am 2. Juli erlauben wird.

Wie aus **Pest** gemeldet wird, scheint dort die Antisemiten-Liga die allerverwerflichsten Mittel aufzubieten, um Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung hervorzurufen. **Istoczy** hat im Laufe der jüngsten Woche über 50,000 Exemplare seiner Zeitschrift und allerlei antisemitische Flugschriften unter das Landvolk verbreiten lassen, das in manchen Gegenden wegen der noch immer unaufgeklärten **Tisza-Eszlarer Angelegenheit** gegen die Juden ohnedies schon in bedenklicher Aufregung sich befindet. Die Antisemiten-Liga versendet aber nicht allein aufreizende Flugschriften, sondern läßt auch das Flachland, zumal die Umgebung der Hauptstadt, durch Wanderagitatoren bereisen, welche das ungarische Landvolk geradezu zur Vertreibung der Juden auffordern. Solche Wühler sind in letzterer Zeit wiederholt in **Waitzen, Czegled** und **Jasz-Berenz** erschienen, wo sie während der Wochenmärkte Brandreden gegen die Juden hielten. In der Nähe Jasz-Berenys wurden sogar Juden, die mit ihren Waaren nach Hause fahren wollten, von Bauernrotten überfallen, arg mißhandelt und theilweise ihrer Waaren beraubt. Die Regierung bemüht sich zwar, diesem Treiben Einhalt zu thun, allein einerseits läßt das ungarische Preßgesetz der Agitation gegen die Juden großen Spielraum, während überdies die Behörden in den Landstädten nicht immer geneigt sind, die Anschauungen der Regierung in Pest zu theilen und ihre Anordnungen sofort auszuführen.

Graf **Tolstoi** findet überall Schwierigkeiten; spricht man doch bereits in **Petersburg** davon, er wolle sein Amt in die Hände eines Anderen niederlegen. Gegenwärtig sucht der Graf mit vergeblichem Eifer einen **Polizeiminister**. Es sind wenig Candidaten für diesen Posten vorhanden, und unter den wenigen scheint sich kaum einer finden zu wollen, der ehrgeizig genug wäre, einen Ministersessel zu besteigen, der wie saures Bier ausgeboten wird. Außer dem opferfreudigen Baranow, der die Stelle des Ministergehilfen mit seinem Gouverneurposten bereitwillig vertauscht hat, dürften sich, wie aus Petersburg gemeldet wird, nicht viele Leute finden, die mit dem nöthigen Selbstvertrauen an so schwierige Aufgaben herantreten wagten. Eine Zeitung nennt Peter Schuwalow, den einst allmächtigen Chef der dritten Abtheilung, als auserkorenen Polizeiminister; dagegen wird berichtet, nicht Peter, sondern dessen Bruder Paul sei dazu in Aussicht genommen, und von anderer Seite hört man wieder, man habe die früheren Bedenken gegen die Person Tscherewin's fallen lassen und Diesem das neu zu schaffende Ministerium angeboten. Diese Lesarten sind der beste Beweis, daß über die Person des künftigen Ministers bestimmt noch nicht entschieden ist. Als einziger Anwärter bleibt Baranow übrig; diesem aber würde man kaum ein selbstständiges Ministerium anvertrauen, und somit gewinnt wieder die Ansicht Raum: das Polizeiministerium unerrichtet zu lassen und Baranow zum Chef der Gendarmerie und Polizei als Gehilfen des Ministers des Innern zu ernennen, welch Letzterem die Staatspolizei unterstellt wird. Die Sache würde also ganz so bleiben, wie sie zu Zeiten Ignatiew's war.

Nach **Warschauer** Berichten in den polnischen Lemberger Blättern wird gegenwärtig **Litthauen** abermals von nihilistischen Sendlingen heimgesucht. In Bialystok, Grodno und Wilna haben mehrere Verhaftungen stattgefunden, die mit den nihilistischen Wühlern in Zusammenhang stehen sollen. Namentlich wurden in Wilna zwei Studenten aus Petersburg festgenommen, in deren Besitz man verdächtige Briefschaften, geladene Revolver und dergleichen Dolche gefunden. Unter der Landbevölkerung werden Brandschriften gegen die adeligen Gutsbesitzer vertheilt, zu deren Vertreibung von dem „Grund und Boden des Volkes" aufgefordert wird. Mit diesen Vorgängen steht auch die blutige Bauernrevolte auf den Gütern des Grafen **Tyszkiewicz** in Verbindung, wo eine Militair-Abtheilung einschreiten und auf die bewaffneten Bauern feuern mußte, von denen acht todt blieben, während etwa funfzehn verwundet wurden.

Das an die **französische** Kammer vertheilte (von uns bereits erwähnte) **Gelbbuch** über die **egyptischen** Angelegenheiten erregt in **Paris** großes Aufsehen. Es stellt sich als eine vernichtende Verurtheilung der Politik Gambetta's dar und als eine vollständige Rechtfertigung Freycinet's. Es beweist, daß England niemals bereit gewesen ist, mit Frankreich eine gemeinsame Politik militairischer Einmischung in Egypten zu befolgen, oder daß Gambetta, wie er in seiner Presse vorgibt, England hierzu gebracht haben würde, noch auch nur zu einer Regelung der egyptischen Frage außerhalb der Mitwirkung der europäischen Mächte. Alle Depeschen zeigen klar, daß Gambetta's ganze Politik und Diplomatie bezüglich der Uebereinstimmung mit England nur auf Einbildung beruhte und folgerichtig entweder zu gefährlichen Verwickelungen oder zu einer jämmerlichen Niederlage geführt haben würde. Weder die Unterredungen Gambetta's mit dem englischen Botschafter Lyons, noch die ausweichende Zurückhaltung Lord Granville's, noch die Mittheilungen der französischen Botschafter bei den übrigen Großmächten, noch die warnenden Mittheilungen des Botschafters Challemel Lacour in London konnten den Starrsinn oder das blinde naive Selbstvertrauen oder sonstige weitfliegende geheime Pläne Gambetta's erschüttern. Die Enthüllungen des Gelbbuchs sind für Gambetta niederschmetternd, gleichzeitig bilden sie die schärfste Kritik der böswilligen, unbegründeten Anklagen und Anfeindungen, welche die gambettistische Presse seit Monaten gegen Freycinet's vorsichtige und friedliche Politik unterhält.

Nicht nur die irische, auch die **schottische Landfrage** macht **Gladstone** viel Kopfzerbrechen. So wurde kürzlich eine **Deputation des schottischen Pächterbundes** von Mr. Gladstone, welchem Lord Rosebery und der Lord Advocat beistanden, empfangen, welche dem Premierminister eine Denkschrift bezüglich der Forderungen der schottischen Farmer um gesetzliche Behandlung der Landfrage überreichte. Mr. Barclay, Unterhaus-Mitglied für den Wahlbezirk Forfarshire, als Wortführer der Deputation, setzte die Nothwendigkeit entsprechender Reformen aus einander, worauf Mr. **Gladstone** in einer längeren Rede antwortete, darin u. A. bemerkend, die Regierung habe bereits den allgemeinen Grundsatz dargelegt, daß **Entschädigungen** für Verbesserungen gewährt werden sollen; daß die Anlage von Capital dem Pächter sichergestellt werde; daß der Grundsatz der Vertretung in der Grafschaftsverwaltung ein ebenso begründeter ist, wie der gleiche in Bezug auf die Reichsverwaltung; daß die Uebertragung von Landeigenthum erleichtert werden muß; und daß das Erbbesitzrecht eine gründliche Erörterung durch das Parlament erfordert. Alles dies seien Fragen, hinsichtlich deren die Ansichten und Erklärungen der Regierung im Allgemeinen mit denen der Bittsteller übereinstimmten. Nur bezüglich der Erbbesitzfolge habe die Regierung als solche sich noch nicht mit solcher Bestimmtheit ausgesprochen, und die Sache sei fernerer Erwägung vorbehalten. Verschiedene Mitglieder der Regierung, und unter diesem er (der Premierminister) selbst, hätten sich öffentlich darüber ausgesprochen, daß der Grundsatz der Erbbesitzfolge ein ungesunder und nachtheiliger für alle dabei betheiligten Parteien ist, obschon die Regierung im Ganzen noch keine Gelegenheit gehabt hat, die Sache in Berathung zu ziehen und zur Schlußreife zu bringen.

Wie aus **Konstantinopel** gemeldet wird, sind **den behufs Umgestaltung der türkischen Armee gewonnenen deutschen Officieren** bereits ihre militairischen Grade angetheilt worden. Oberst **Kaeler** ist zum Brigadegeneral, die drei anderen Officiere sind zu Obersten ernannt worden. Bei dieser Gelegenheit verlieh der Sultan dem neuen Liva (Brigadegeneral) den Osmanié-Orden 2. Classe, den neuen Obersten die gleiche Auszeichnung 3. Classe. Die deutschen Officiere haben, obgleich sie ihre Commandos noch nicht angetraten, ihren bisherigen Aufenthalt in Konstantinopel in großem Maße ausgenutzt, um sich über die Ausdehnung und die Schwierigkeiten der ihrer harrenden Aufgabe Rechenschaft zu geben. Sie waren daher schon in der Lage, den Neugestaltungs-Entwurf, welchen sie ungesäumt der kaiserlichen Genehmigung vorlegen werden, in seinen allgemeinen Zügen zu entwerfen. Der Plan der deutschen Officiere geht dahin, Muster-Compagnien, -Escadronen und -Batterien zu schaffen, welche von türkischen Officieren, aber unter der Ueberwachung und den unausgesetzten Rathschlägen der deutschen Officiere, befehligt werden sollen. Diesen Muster-Compagnien sollen ferner deutsche Unterofficiere einverleibt werden, welche durch ihr Beispiel dazu beitragen sollen, die Grundlage eines Corps von türkischen Unterofficieren, das gegenwärtig nur dem Namen nach besteht, zu schaffen. Alle Cadres-Officiere sollen allmälig für einige Zeit den Muster-Compagnien zugetheilt werden und die erforderliche Ausbildung erhalten. Die deutsche Mission hält es für unzweckmäßig, das in der türkischen Armee gegenwärtig zu Kraft bestehende französische Reglement abzuändern, da ihr Ziel hauptsächlich darin besteht, bei den türkischen Soldaten und Officieren eine stramme Zucht einzuführen. Sobald die Muster-Compagnien, -Escadronen und -Batterien den angestrebten Grad der Ausbildung erlangt haben werden, sollen aus denselben Muster-Bataillone und schließlich Muster-Regimenter gebildet werden, eine Aufgabe, welche mindestens drei Jahre beanspruchen wird. Das türkische Heer wird dann über ein gehörig geschultes und der praktischen Truppenleitung kundiges Officiercorps verfügen. Wenn es der deutschen Mission überdies gelingt, das System der Mobilisation und das Intendanturwesen auf eine minder mangelhafte Grundlage, als die gegenwärtige ist, zu stellen, dann wird sie behaupten dürfen, ihr Ziel vollständig erreicht zu haben. Bedauerlicherweise wird die Geldfrage allen Reformen dieser Art noch lange als unüberwindliches Hinderniß im Wege stehen und ebenso wird dem bösen Willen Jener, welche die im Gefolge dieses Uebels ziehenden Mißbräuche für ihre Interessen ausnützen, so lange schwer beizukommen sein, als die Hilfsquellen des Kriegsbudgets in so schlechtem Gleichgewichte stehen wie bisher.

Wenn der Telegraph nicht so verlogen wäre, so wäre **Alexandria** „ruhig", der friedliche Zustand würden hergestellt und die auswärtigen Geschwader würden die egyptischen Gewässer voraussichtlich bald wieder verlassen. Nun, wir nehmen auch diese Meldung zur Kenntniß. Weiter heißt es heute, der **Khedive** habe einen offenen Brief an **Nagheb** Pascha gerichtet, in welchem er die massenhafte Auswanderung der Europäer beklagt, durch welche dem Handel und Wandel Egyptens ein großer Schaden zugefügt werde. Der Khedive befiehlt, die strengste Untersuchung zur Ermittelung der Urheber der Ausschreitungen vom 11. Juni anzustellen. Dieselben sollen einer „exemplarischen" Strafe unterworfen werden. Man wird abwarten müssen, was für „Exempel" Seine vicekönigliche Hoheit statuiren, d. h. was für Strafen zu verhängen **Arabi** Pascha den Muftis erlauben wird. Inzwischen aber dauert der allgemeine Schrecken fort. Ein Telegramm aus **Alexandrien** meldet noch, daß die vier Transportschiffe „Junon", „Cornège", „Sarthe" und „Ara" von den „Messageries maritimes" und der „Compagnie Fraissinet" mit 3700 Emigranten an Bord sich auf dem Wege nach Marseille befinden. — Allen Anzeichen nach ist die Lage noch sehr ernst. Die neuen Minister suchen den **Khedive** zu bewegen, wieder nach **Kairo** zurückzukehren, allein **Tewfik** fühlt sich im Ras-el-Tin, dessen Eingang von den europäischen Geschützen bestrichen werden kann, sicherer als in seiner Residenz und beharrt auf seiner Weigerung. Man überzeugt sich mehr und mehr, daß er sowohl wie **Dermisch** Pascha sich geradezu nach **Alexandrien** gerettet hat. Unter diesen Umständen muß es überraschen, daß Dermisch auf des Sultans Geheiß noch immer Alles aufbieten soll, Arabi Pascha zu bewegen, nach Konstantinopel zu gehen. Dermisch Pascha hat sein Ziel wiederholt unumwunden eingestanden; er möchte die Oberleitung der Armee Arabi entreißen und selbst in die Hand nehmen. Er hat Dies aber bis jetzt nicht gewagt; im Gegentheil, er hat soeben mitwirken müssen, ein Cabinet zu Stande zu bringen, in welchem Arabi Kriegsminister ist. Diese Thatsachen zeigen nun doch seine Ohnmacht. Jetzt soll er Arabi ins Netz locken; er wird ihm von der Gunst des Sultans, von Orden und Titeln erzählen und ihm eine goldige Zukunft an die Wand malen; aber Arabi müßte ein Narr sein, wenn er sich nicht erinnerte, wie oft die Europäer verlangt haben, daß er in Konstantinopel zur Rechenschaft gezogen werden müsse. Je länger die Dictatur des abenteuerlichen Generals dauert, um so fester schließt sich seine Partei zusammen und um so weniger darf der Sultan energische Schritte wagen, welche den Gegensatz zwischen den Türken und Arabern vertiefen könnten. Man muß nicht vergessen, daß das arabische Khalifat der Zukunft wie eine drohende Gewitterwolke am türkischen Himmel hängt. Ein Zufall kann möglicherweise genügen, um eine gewaltige Bewegung des arabischen Geistes zu entfesseln, welche dem Herrscher aller Gläubigen weite Gebiete entfremdet. Ebendeshalb muß der Sultan den Mann, zu dem jetzt die Araber als zu ihrem nationalen Helden aufblicken, mit großer Vorsicht behandeln. Man fürchtet, angesichts der starren Haltung der Pforte der Conferenz gegenüber, in türkenfreundlichen Kreisen vielfach, daß der Sultan, der seine Figuren bis jetzt meisterhaft gesetzt hat, das Spiel zu weit auf die Spitze treibt.

Die Entschädigung unschuldig Angeklagter und Verurtheilter.

Die wichtige Frage, ob unschuldig Angeklagten und Verurtheilten für die durch dies Strafverfahren erlittenen Nachtheile eine Entschädigung von Staats wegen zuzubilligen sei, wird gegenwärtig vielfach besprochen. Bekanntlich haben die Abgeordneten Philipps und Lenzmann im Reichstage einen Antrag eingebracht, die Strafproceßordnung durch Bestimmungen über Entschädigung freigesprochener oder außer Verfolgung gesetzter Beschuldigter zu ergänzen. Nicht weniger als dreimal hat sich der deutsche Juristentag mit dieser Frage beschäftigt. In Hannover 1873 und in Nürnberg 1875 kam es zu keinem Ergebniß, da die gestellten Anträge eine Stimmenmehrheit nicht erlangen konnten. Erst 1876 in Salzburg wurde auf Antrag des Wiener Rechtslehrers Prof. Dr. Jaques, der auch neuerdings mit einem Vortrage über diese Frage (abgedruckt in der Augsb. „Allgem. Ztg." vom